

Kampf gegen Lohnsenkungen – vor allem, wenn sie nichts bringen.

## **Gewerkschaften auf dem Bundesplatz**

Lohnsenkungen beim öffentlichen Personal sind das Thema dieses Herbstes. Die Gewerkschaften treten dagegen an. Heute sind es die Eisenbahnerinnen, im Oktober folgen alle Angestellten des öffentlichen Dienstes. Die Forderung ist umstrittenes Politikum, die Gewerkschaften wollen sie auf dem Verfahrensweg zur Strecke bringen.

SBB-Chef Benedikt Weibel stiess am 21. Juni in ein Wespennest, als er SBB-Lohnkürzungen in Aussicht stellte. Um „keinen Preis“ hiess es auf gewerkschaftlicher Seite - das Eisenbahn- und Verkehrspersonal angeführt von der Gewerkschaft SEV - blies zum Gegenangriff. Heute findet in Bern ein ausserordentlicher SEV-Kongress statt, die anschliessende Kundgebung der Eisenbahner wird von vielen Gewerkschaften und Angestelltenverbänden mitunterstützt. Hauptforderung: „Finger weg vom Lohn“. Verhandlungsbereitschaft ist nicht vorhanden, die Gewerkschaften sind sauer, dass die SBB-Rechnung auf dem Buckel der Mitarbeiterinnen saniert werden soll. Sie schütteln den Kopf darüber, dass keine soziale Abfederung zugunsten unterer Einkommensklassen eingebaut wurde und die Übung nicht wenigstens mit weiteren Arbeitszeitreduktionen kompensiert wird. Grundsätzlich ist man beim SEV gegen Lohnkürzungen.

### **Bescheidener Beitrag**

Der SBB-Verwaltungsrat sprach vorerst von 2 bis 4 Prozent Lohnkürzungen, ging dann aber in zwei Aussprachen mit den SEV-Leuten anfangs Juli auf 2 Prozent zurück. Er koppelte die Lohnkürzung da, bei aber mit einem Verzicht auf den Teuerungsausgleich bis ins Jahr 2000. Bei einer durchschnittlichen Teuerung von jährlich 1 Prozent würden so aufsummiert real mindestens 6 bis 8 Prozent Lohnkürzungen in Kauf genommen. Rechnet man grob, was die zwei Prozent ausmachen, kommt man auf dem Stand des Budgets '96 auf ein Sparpotential von 60 bis 70 Millionen Franken. Ein internes Papier der SBB-Personalabteilung geht ein wenig tiefer und landet inklusive der Weiterführung der bereits eingeführten Kaderlohnopfer für 1997 auf 52 Millionen. Zusammen mit den Teuerungsverzichten würde das Sparprogramm dann bis 1999 auf 121 Millionen Franken auflaufen.

Verglichen mit den effektiven Finanzaussichten der SBB ist dieses Lohnopfer ein bescheidener Beitrag. Für 1996 rechnet das SBB-Budget mit Ausgaben von 6,7 Milliarden Franken und einem Defizit von 262 Millionen. Die Zahlen sind bereits überholt: Nach einem SBB-Fehlbetrag 1995 von 495 Millionen Franken - 183 Millionen mehr als budgetiert, ist für '96 nichts Besseres zu erwarten: Die SBB-Spitze stellte fest, dass bereits in den ersten Monaten 40 Millionen Franken zuviel verbraucht worden sind. Vor diesem Hintergrund sind die Sparpotentiale der SBB-Lohnopfer nicht einmal ein Fünftel der kommenden Defizite.

### **Verkehrsreform Im Vordergrund**

Für die SEV-Leute ist deshalb die Prioritätensetzung eine andere. Stephan Appenzeller, SEV-Informationsbeauftragter hält auch einen Tag vor dem Demo fest, dass im Vordergrund die Reform der Verkehrspolitik und die SBB-Bahnreform stehe. „Für uns gibt es keinen Spielraum für Lohnkürzungen“. Zuerst müsse die Verkehrspolitik neu diskutiert werden. Der SEV will die verkehrspolitischen Rahmenbedingungen ändern: Gemeint sind damit die Finanzbeschlüsse zu den grossen Bahnprojekten, die Umsetzung der Alpeninitiative und die Herstellung der Kostenwahrheit. Allerdings will dies auch die SBB-Führung. Benedikt Weibel selbst hat die neuen Ideen zur Bahnfinanzierung - vor allem zur Schwerverkehrsabgabe - im Februar lanciert. Nur scheint man beim SBB-Management einfach nicht daran zu glauben, damit die Bahn bei einem Investitionsbedarf von 15 Milliarden Franken zu sanieren.

### **Ein langer Holzweg**

Die Auseinandersetzung um die SBB-Lohnkürzung hat ohnehin vorerst politischen und symbolischen Charakter. Die Gewerkschaften geben dabei den Tarif zu Beginn eines langen Prozesses durch. Denn die SBB-Lohnkürzungen werden nicht von heute auf Morgen erfolgen: Nächste Woche wird der Ausschuss des SBB-Verwaltungsrates die Anträge seiner Generaldirektoren erstmals diskutieren, Ende August folgt der Gesamtverwaltungsrat. Darauf müssten die Vorschläge vor den Bundesrat, welcher dem Parlament auf dem Dringlichkeitsweg Ausnahmebestimmungen für die öffentliche Personalgesetzgebung beantragen müsste. Geht das Paket dann ins Parlament, sind die Referendumsrechte gewahrt. Und auch der juristische Weg ist offen: Der SEV ist der Auffassung, dass mit Ausnahmeregelungen für das SBB-Personal die Lohngleichheitsklausel der Beamtengesetzgebung verletzt wird. Die Sparübung könnte damit zum zeitaufwendigen Nullsummenspiel werden.

Michael Kaufmann.

Berner Tagwacht, 8.8.1996,

Personen > Kaufmann Michael. SBB. Lohnkürzungen. TW, 1996-08-08